4. Jahrgang. Nr. 17.

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Einzelnummer 50 Pf.

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 50 Pf. Durch Austräger 2.20 Mk. pro Woche, 9.— Mk. pro Monat. Durch die Post 9.— Mk. pro Monat. Sprechstunden für die Redaktion: Nachmittags 5—6 Uhr. Produktivgenossenschaft für die Provinz Schlesien, e. G. m. b. H., Breslau. Postscheckkonto Nr. 31059. — Fernsprech-Anschluß: Ring Nr. 8837.

Freitag, 20. Januar 1922

Anzeigenpreise: Die 9gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 0.80 Mk., auswärts 0.90 Mk. Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 0.40 Mk. Reklame: Die Millimeterzeile, 3gespalten oder deren Raum im Text 3.— Mk.

Was die Arbeiter zahlen sollen.

Die Hälfte ihres Lohnes!

Gerechter Ausgleich zwischen den Steuern auf den Besitz und den Steuern auf den Verbrauch! sagte Herr Hermes. Da schuf er eine Vermögenssteuer, ein „veredeltes Notopfer". Die Reichen haben ihre patriotische Pflicht gezeigt, indem sie das Notopfer immer im Maule führten, mit ihrer Opferfreudigkeit renommierten, aber kein Notopfer zahlten. Nur lächerlich geringe Beträge sind darauf hereingekommen. Schamlos haben sie den Staat geprellt. Jetzt nimmt der Staat davon Kenntnis, indem er in einer neuen Vermögenssteuer die Sätze ermäßigt und erklärt, daß vor 1923 keine Vermögenssteuer gezahlt werden soll. Eine Vermögenszuwachssteuer soll erst 1926 in Kraft treten.

Lohnabzug	10 000 000 000	Mark
Umsatzsteuer	24 000 000 000	"
Kohlensteuer	10 150 000 000	"
Zölle	4 700 000 000	"
Branntweinverwertung	1 748 000 000	"
Zuckersteuer	1 000 000 000	"
Biersteuer	1 000 000 000	"
Tabaksteuer	123 500 000	"
Zündwarensteuer	110 000 000	"
Süßstoffmonopol	100 000 000	"
Salzsteuer	60 000 000	"
Leuchtmittelsteuer	60 000 000	"
Mineralwassersteuer	60 000 000	"
Essigsäureabgabe	47 200 000	"
Zigarettensteuer	10 000 000	"

Das sind alles Steuern, die zum größten Teil von den Besitzlosen aufgebracht werden. Sie sollen allein über 53 Milliarden Mark bringen. Dazu kommen aber noch eine ganze Reihe anderer Steuern, sogenannte Besitz- und Kapitalsteuern, die glatt auf die Warenpreise aufgeschlagen werden, wie die verschiedenen Stempelabgaben, die Körperschaftssteuern (Steuern auf Aktiengewinne usw.). Sogar die Vermögenssteuer wird in erheblichem Maße in die Fabrikationskosten eingerechnet und so auf die Besitzlosen gewälzt werden.

Was bedeuten diese 53 Milliarden? Nun, wir wissen ungefähr, wieviel die Löhne der arbeitenden Massen ausmachen. Bei dem Lohnabzug von zehn Prozent kamen monatlich etwa 800 Millionen ein. Das entspricht ungefähr 100 Milliarden Mark Lohn im Jahre, bewiesen zugleich durch den erwarteten Steuerbetrag von zehn Milliarden. Das Lohneinkommen wird aber bis auf den letzten Pfennig erfaßt. Nichts davon geht dem Reich verloren. Die Arbeiter können sich nicht drücken. Beträgt die gesamte Steuerleistung der Lohnsklaven 53 Milliarden, so heißt das:

Der Arbeiter, der Beamte, der Angestellte, muß mehr als die Hälfte seines Einkommens dem Reich als Steuern abliefern.

Diese Steuern sind ein Todesurteil für die Arbeiter.

Gegen das Steuerkompromiß.

Wirths Ankündigung.

In der Schlußsitzung des Zentrumsparteitages hielt Reichskanzler Dr. Wirth eine Rede, in der er zu den außenpolitischen und innerpolitischen Fragen Stellung nahm. Cannes nannte er den ersten Erfolg unserer Politik der Geduld. Innerpolitisch gab er der Hoffnung Ausdruck, daß in den nächsten Tagen ein Steuerkompromiß zustande kommen werde, und zwar ein Kompromiß, das von den Besitzenden und Nichtbesitzenden als anständig angesehen werden würde. Ist infolge der Haltung der Sozialdemokratie ein solches Steuerkompromiß nicht möglich, dann wird unsere Innenpolitik scheitern und man muß sich nach einer neuen Regierung umsehen. Auf lange Tage einer Krisis wird sich die Regierung nicht einlassen, lieber wird sie in offener Feldschlacht fallen. Für politisches Intrigantentum ist heute kein Platz mehr. Die Zentrumspartei will sehr gern einmal anderen den Platz der Verantwortung überlassen. Sie wird dann niemals in eine grundsätzliche Opposition eintreten. Die Rede des Reichskanzlers wurde vom Parteitag mit stürmischem Beifall aufgenommen.

Die Volkswacht gegen die Sachwerterfassung.

Die „Volkswacht", das „Organ für die werktätige Bevölkerung", das sich auch nennt „Organ freier, unabhängiger Bürger", produziert sich in ihrer Mittwochnummer tatsächlich als unabhängiges Organ; nämlich unabhängig von den Forderungen nicht nur der werktätigen Masse, sondern unabhängig von ihrer ureigensten Parole: Der Erfassung der Sachwerte.

In einem gewundenen Artikel zu Kanzler Wirths Rede auf dem Zentrumsparteitag freut sich Herr Birnbaum feststellen zu können, daß es gelingen wird, den Drang Wirths nach der großen Koalition mit Stinnes hintanzuhalten, durch ein Steuerkompromiß mit der Regierungskoalition. Der Erhaltung einiger Ministersessel für Sozialdemokraten kann man schon ein saftiges Opfer bringen. Deshalb schmeißt man frischfröhlich die Forderung nach Erfassung der Sachwerte in den Orkus, mag die Arbeiterschaft zugrunde gehen.

Bezeichnend ist, wie der Volkswacht-Jongleur die Ablehnung der Sachwerterfassung zu bemänteln sucht. Die Taktik der Verzögerung, die wir kürzlich schon in den Aeußerungen des „Vorwärts" fanden, findet auch hier Anwendung. Die Aeußerungen des Dr. Hermes, wonach **die Finanzämter gegenwärtig mit ihren Veranlagungsarbeiten für die direkten Steuern noch so außerordentlich im Rückstand sind, daß ihre Belastung mit ganz neuartigen Aufgaben tatsächlich im Augenblick die Gefahr ihrer völligen Desorganisation mit sich bringen kann.** Man wird ihnen noch einige Zeit zur Bewältigung der rückständigen Veranlagungsarbeiten und zur weiteren Einarbeitung ihres zum großen Teil ja aus ganz anderen Verwaltungszweigen und Berufen stammenden neuen Beamtenkörpers lassen müssen.

Also weil die Finanzämter mit ihren Bürokraten trotz dauernder Vergrößerung es bis heute verstanden haben die Erfassung der Besitzsteuer erfolgreich zu — sabotieren, sind sie jetzt nicht in der Lage, die Erfassung der Sachwerte durchzuführen.

Fürwahr, die Sozialdemokraten müssen zur Bemäntelung ihrer feigen, verräterischen Haltung zu den kindischsten Ausreden greifen.

Neuer Generalstreik der Eisenbahner.

Ultimatum der Dresdener Eisenbahner.

In der Funktionärversammlung des DEV. Groß-Dresden ist nach ausgiebiger Diskussion, an der sich alle Richtungen beteiligten, folgende Resolution einstimmig angenommen worden:

An den Hauptvorstand des DEV. Berlin mit dem Ersuchen, diesen Beschluß auf dem schnellsten Wege der Regierung zur Kenntnis zu bringen:

„Die heute, am 16. Januar 1922, im Volkshause zu Dresden versammelten Funktionäre des DEV. Groß-Dresden erklären das Ergebnis der Lohnerhöhung für völlig ungenügend und den fortwährend steigenden Teuerungsverhältnissen in keiner Weise entsprechend. Sie sehen sich deshalb gezwungen, hierdurch zum letzten Male an die Regierung das Ersuchen zu richten, eine Mindestzulage von 3 Mark pro Stunde, rückwirkend vom 1. Dezember 1921 zu gewähren und erwarten einen zusagenden Bescheid bis zum 21. Januar 1922, mittags 12 Uhr.

Sollte bis zu diesem Zeitpunkt eine befriedigende Antwort der Regierung nicht eingegangen sein, so wird das letzte gewerkschaftliche Kampfmittel zur Anwendung kommen. Die Gehaltsbezüge der Beamtenschaft bis Besoldungsgruppe IX sind analog den Forderungen der Reichslohntarifempfänger zu erhöhen.

Die Funktionäre des DEV."

Wenn auch der Beschluß der Dresdener Eisenbahner nicht zum Generalstreik über ganz Deutschland führen sollte, steht doch schon heute fest, daß nur mit schärfstem Kampf nicht nur eine, der heutigen Teuerung entsprechende Lohnerhöhung durchgeführt werden kann, sondern daß alle die Gesetze und Verordnungen, die die Eisenbahner bedrohen, diese zum schärfsten Kampf zwingen.

Das Arbeitszeitgesetz, das mit seinen Lautschukbestimmungen den Geheimräten die Handhabe gibt, die Eisenbahner unter Benutzung der sogenannten Dienstbereitschaft 15—19 Stunden täglich auszubeuten, muß die Eisenbahner auf den Plan rufen.

Das Reichseisenbahngesetz, die versteckte Sinnesänderung, das einem unternehmerfreundlichen Verwaltungsrat diktatorische Gewalt gibt über Lohn und Arbeitszeit, Entlassungen, Festsetzung von Tarifen, bedroht die Eisenbahner.

Die Entlassung von „vorläufig" 20 000 Arbeitern und Angestellten angesichts der Tatsache, daß allein in neun Direktionsbezirken monatlich 530 000 Mark für Ueberstunden bezahlt werden, zwingt die Eisenbahner zu geschlossenem, rücksichtslosem Kampf.

Zu einer internationalen proletarischen Konferenz.

Der Aufruf des Büros der Internationalen Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien für eine internationale sozialistische Konferenz wendet sich zunächst an die einzelnen Arbeiterparteien aller Länder und kündigt andererseits Verhandlungen mit den Exekutiven der internationalen proletarischen Organisationen in London und Moskau an. Im folgenden soll versucht werden, die Stellungnahme der Kommunistischen Partei Deutschlands zu umreißen, wobei sich von selbst versteht, daß die endgültige Stellungnahme in einer Frage von so großer internationaler Tragweite die Exekutive der Kommunistischen Internationale wird treffen müssen, der die KPD. als eine ihrer Sektionen angehört. Wie bereits hier mitgeteilt worden ist, hat die Sektion der Kommunistischen Internationale schon auf Anfang Februar eine erweiterte Sitzung einberufen, an der ihre Sektionen mit verstärkten Vertretungen beteiligt sein werden und in deren Mittelpunkt natürlich die Verwirklichung der gemeinsamen proletarischen Aktion in den Fragen der Reparationen und des europäischen Wiederaufbaus und damit in engster Verbindung die Frage der raschen Einberufung einer internationalen Konferenz aller proletarischen Parteien und Organisationen stehen wird.

Unter diesen Voraussetzungen sei zu dem Aufruf des Büros der Internationalen Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien hier folgendes gesagt.

Wir begrüßen vor allem, daß die internationale Konferenz die Gegenstände ihrer Beratung und Beschlußfassung eng begrenzt auf die Tagesfragen, die die Weltlage aufwirft. Wir sind der Meinung, daß grundsätzliche Fragen, die die verschiedenen proletarischen Parteien und Organisationen trennen, wie z. B. die Frage Demokratie oder Diktatur von der Konferenz ausgeschieden werden sollten. Der Zweck einer internationalen Konferenz in der gegebenen Lage kann nur sein die Zusammenfassung der proletarischen Kräfte zu gemeinsamem Handel für bestimmte eng begrenzte praktische Ziele. Für theoretische Auseinandersetzungen, für allgemeine, zu nichts verpflichtende Resolutionen ist eine solche Konferenz jedenfalls nicht der Ort und auf diesem Wege werden die allgemeinen Fragen der Arbeiterbewegung nicht entschieden.

Es sind zwei Fragen, die heute im Brennpunkt der internationalen Politik und damit der internationalen Arbeiterbewegung stehen: Die Frage des europäischen Wiederaufbaus und die Reparationsfrage. Diese beiden Fragen sind aber nicht voneinander zu trennen, sie lassen sich nur zusammen behandeln. Dies ist so sehr der Fall, daß die Politik der europäischen Regierungen sie tatsächlich hat verbinden müssen. Wie ist die Frage der deutschen Reparationen überhaupt in Angriff zu nehmen ohne die internationale Regelung der Stellung Sowjetrußlands? Umgekehrt: wie ist die Frage z. B. der Arbeitslosigkeit in England anzufassen, ohne Verbindung mit der Frage der deutschen Reparationen und der Beziehungen zu Sowjetrußland? Die europäischen Regierungen werden ihrerseits alle diese Fragen in Genua im Zusammenhang behandeln — weil sie anders gar nicht zu behandeln sind — und so wird eine internationale proletarische Konferenz, die sich unmittelbare praktische Zwecke setzt — sie ebenfalls im Zusammenhang und auf einmal behandeln müssen.

Wir halten daher für zweckwidrig, so wie der Aufruf der Internationalen Arbeitsgemeinschaft dies vorschlägt, die einheitliche Sache in zwei Konferenzen zu zersplittern, eine engere westeuropäische, an der nur die westeuropäischen kommunistischen und sozialistischen Parteien beteiligt sein sollen und eine volle internationale Konferenz, die für Frühjahr 1922 einberufen werden soll.

Nicht nur, daß selbst für die Behandlung der Reparationsfrage der Kreis der westeuropäischen Parteien zu eng ist; entscheidend ist, daß, wenn die internationale Konferenz nicht nur papierne Beschlüsse hervorbringen, sondern ein praktisches Resultat erzielen soll, d. h. wenn sie darin ausmünden soll, daß die Arbeitermassen im breitesten internationalen Umfang ihr Gewicht in die Wagschale der bevorstehenden Entscheidungen der internationalen Politik werfen sollen, daß dann unbedingt die größten proletarischen Massenorganisationen, die Amsterdamer und die Rote Gewerkschaftsinternationale, beteiligt sein müssen. Eine internationale Konferenz, die die proletarischen Massen aufbieten soll — wie eine solche hat einen praktisch-politischen Zweck — [illegible] in dieser Weise möglich. Wir sind daher der Meinung, daß nur eine Konferenz stattfinden soll, die aber wirklich die internationale Massenorganisationen umfaßt.

Stat... 6.1.22

Aus denselben Gründen heraus halten wir für notwendig, daß diese Konferenz nicht irgendwann im Frühjahr, sondern raschestens, und zwar unbedingt entweder unmittelbar vor der Konferenz von Genua oder gleichzeitig mit ihr stattfinden soll. In Genua fallen die wichtigsten Entscheidungen für die internationale Politik der nächsten Zukunft oder sie werden zum mindestens vorbereitet. Die reale Wirkung der Konferenz wäre zum größten Teil verfehlt, wenn sie erst zustande kommt, nachdem bereits die Entscheidungen in Genua gefallen sind. Mit nachträglichen Kritiken und Betrachtungen ist der Arbeiterklasse nicht gedient. Es gilt, ihr Massengewicht für diese Entscheidungen in die Wagschale zu werfen.

Was im besonderen die deutsche Arbeiterklasse anbelangt, so hat sie angesichts der internationalen Lage, die durch den Regierungswechsel in Frankreich und durch die Einladung der deutschen Regierung zur Konferenz von Genua geschaffen ist, ein offen zutage liegendes Interesse daran, daß der Gegenstand, Umfang und der Zeitpunkt der internationalen Konferenz bestimmt wird ausschließlich durch den Zweck des wirksamen Einsatzes der breitesten proletarischen Massenkräfte zu dem Zeitpunkt, der am günstigsten ist für die Einwirkung auf die Entscheidungen der internationalen Politik.

Politische Übersicht.

Die Rechtssozialisten gehen zu der Internationalen Konferenz.

Bekanntlich hat die französische Sozialistische Partei mit Zustimmung des Wiener Büros der Internationalen Arbeitsgemeinschaft eine Konferenz der Arbeiterparteien Englands, Frankreichs, Deutschlands, Belgiens und Italiens einberufen. Die Konferenz soll Anfang Februar in Paris stattfinden und sich mit dem Reparationsproblem befassen. Wie der „Vorwärts“ mitteilt, nimmt die SPD. die Einladung an, „obwohl auch die französischen, italienischen und deutschen Kommunisten mit eingeladen werden sollen. Sie erhofft als Frucht der Konferenz, trotz der zu erwartenden kommunistischen Störungsversuche, eine engere Verbindung der deutschen und der französischen Arbeiterparteien miteinander und einen Schritt zur Wiederherstellung **einer** Internationale aller auf dem Boden der **Demokratie** für den Sozialismus kämpfenden Parteien der Welt.“

Der „Vorwärts“ kann sich beruhigen: Die Kommunisten werden an der beabsichtigten Konferenz teilnehmen nicht um zu „stören“, sondern um eine internationale Aktion des Proletariats gegen den kapitalistischen Wahnsinn in die Wege zu leiten. Für den „Vorwärts“ scheint freilich das Wichtigste an der Konferenz zu sein, daß sie der Verschmelzung der Internationalen 2 und 2½ näher rückt. Die Arbeiterschaft Mittel- und Westeuropas erwartet aber von ihren Instanzen mehr: sie erwartet **Taten** und nicht die Feststellung, daß man sich irgendwie nähergekommen ist.

Der Völkerbund und Sowjet-Rußland.

Der Rat des Völkerbundes hat beschlossen, eine Vermittlung zwischen Rußland und Finnland in der karelischen Frage einzuleiten. Es soll ein Staat, der zugleich Mitglied des Völkerbundes ist und in diplomatischen Beziehungen zu Moskau steht, anfragen, wie sich die Sowjetregierung zu einer Untersuchung der Frage durch den Völkerbundsrat stellen würde. Es ist ein Zeichen der Zeit, wie höflich die Herren vom Völkerbund gegenüber Sowjet-Rußland geworden sind. Aber sie brauchen sich nicht zu bemühen: in Karelien gibt es nichts zu untersuchen; die dortigen Bauern und Arbeiter stehen fest zur Sowjetmacht und die aus Finnland eingedrungenen weißen Banden sind bereits von der Roten Armee hinausbefördert worden.

Inzwischen ist, wie aus Helsingfors gemeldet wird, bei der finnischen Regierung eine neue Note der Sowjetregierung eingelaufen. Die Note fordert die Ausweisung der russischen Weißgardisten aus Finnland, die Ueberwachung der in Finnland internierten weißgardistischen Karelier durch eine gemischte Schiedskommission, ferner die Deckung der durch den Aufstand in Karelien verursachten Schäden und der Kosten für die russische militärische Aktion durch Finnland. Die Sowjetregierung ist also entschlossen, sich die Intrigen der finnischen Verschwörer nicht gefallen zu lassen. Die finnische Regierung soll gezwungen werden, nicht nur mit Worten, sondern auch in der Tat von den gegenrevolutionären Banditen abzurücken.

Neue Verhaftungen.

Am 17. Januar 1922 wurde in Hamburg der Genosse **Friedrich August Fischer** in seiner Wohnung verhaftet. Der Grund: „Politisches Vergehen“. Die Hamburger Arbeiterschaft wird endlich in den Betrieben und Gewerkschaften zu den unerhörten Polizei- und Justizverhältnissen Stellung nehmen müssen.

Das Spiel mit der Einheitsfront.

In Magdeburg sollte in diesen Tagen eine Stahlhelmparade (der sogenannte Frontkämpfertag) stattfinden. Aus allen Orten des Bezirks kamen die Orgeschleute zusammen, um die Reichsgründung ihrer Organisation festlich zu begehen. Auf Veranlassung unserer Magdeburger Genossen wandte sich die größte dortige Arbeiterorganisation, der Metallarbeiterverband, an die drei Arbeiterparteien, sowie an das Gewerkschaftskartell mit der Aufforderung, der Orgeschorganisation eine geschlossene Gegendemonstration der Gesamtarbeiterschaft entgegenzustellen. Doch als unsere Partei eine Besprechung einberufen hat, um die Einheitsfront des Magdeburger Proletariats gegen die Konterrevolution herzustellen, blieb sie in ihren Bemühungen allein. Die Unabhängigen machten mit, die SPD. teilte mit, daß sie „Vorsichtsmaßregeln“ getroffen habe und das Gewerkschaftskartell lehnte einfach und schroff ab. Das Ergebnis: Die Stahlhelmparade fand statt, die Orgesch triumphierte, die Arbeiterschaft schwieg.

Dieses Beispiel, wie unzählige andere, besagt nur eins: Nur dann wird es zur proletarischen Einheitsfront im Kampfe gegen die Bourgeoisie kommen, wenn die sozialdemokratischen und unabhängigen Arbeiter aus eigener Initiative ihren kommunistischen Brüdern die Hände reichen werden.

Aus der Partei.

Mitteilungen der Bezirksleitung.

Betrifft Kleinbroschüren.

Wir ersuchen hiermit die Ortsgruppen, die in ihren Händen befindlichen Broschüren „**Die Breslauer politische Polizei vor den Geschworenen**“ bis zum 1. Februar 1922 abzurechnen.

Broschüren, die nach dem 1. Februar noch im Besitz der Ortsgruppen sind, müssen von denselben bezahlt werden.

Wir bitten daher um sofortige Abrechnung an die Bezirksleitung, Abt. Kasse. Bezirksleitung der KPD. Schlesien.

Schlesische Rundschau.

Bergmannslos.

Ein gräßlicher, tödlicher Unfall ereignete sich am Montag, den 16. Januar 1922 in der Frühschicht auf dem Ida-Schacht der Fürstensteiner Gruben Waldenburg. Auf noch unaufgeklärte Weise geriet der 20 jährige Schlepper **Ehrentraut**, welcher an einem Senkschacht beschäftigt war, mit dem Kopf zwischen den Förderkorb und Schachtzimmer, wobei der Kopf total zerschlagen wurde. Bedauernswert ist noch, daß erst vor einem Jahr sein Vater verstorben ist und er der alleinige Ernährer seiner Mutter und der noch schulpflichtigen Geschwister war.

Es muß von der Grubenverwaltung verlangt werden, an solche Arbeiten ältere und erfahrene Kameraden zu stellen. Was wird das Ergebnis der Untersuchung vom Bergrevierbeamten sein? Selbstverschulden wie immer. Es ist ja nur ein Prolet. Daß der dreimal heilige Profit allen Sicherheitsmaßnahmen abhold ist und daß das Ausbeutersystem die Ursache aller Unglücksfälle ist, wird natürlich verschwiegen.

Erfolgreiche Frauenversammlung in Freiburg.

Eine Genossin schreibt uns:

Am Donnerstag, den 12. Januar, fand in Freiburg im „Buchwald“ eine öffentliche Frauenversammlung, einberufen von der Ortsgruppe Freiburg der KPD., statt. Genossin Minna Reichert, Berlin, sprach über das Thema: Was tut den Frauen not! Die Referentin verstand es vorzüglich, den zahlreichen Frauen und Mädchen so recht aus dem Herzen zu sprechen und sie wachzurütteln, um Kopf an Kopf mit ihren Männern und Genossen für die Verwirklichung des Kommunismus zu kämpfen. In der Diskussion meldete sich als erste die SPD.-Abgeordnete Anjorge, Neu-Salzbrunn, zum Wort. Ihre Ausführungen waren zunächst nur eine lange Aufzählung ihrer Funktionen, welche sie als Abgeordnete in Berlin ausübt. Sie pries ihre Partei als die, welche immer noch die Massen hinter sich habe, mußte aber im gleichen Atemzuge eingestehen, daß die SPD. keinen maßgebenden Einfluß auf die Gestaltung der Dinge habe. Dann lobte sie ihre Partei über den grünen Klee und erzählte, welch große Vorteile ihre Wähler hätten. Eine große Taktlosigkeit — um nicht zu sagen, Unverschämtheit — beging sie aber wohl, als sie ausführte, wenn Genosse Franz, Waldenburg, nicht für unsere Inhaftierten wäre, könnten dieselben heut noch gesiebte Luft schnappen. Selbstverständlich rief das einen Sturm der Empörung bei den Versammlungsbesuchern hervor. Und so kam es, daß Frau Anjorge ganz allein mit ihren Ansichten stand, daß selbst die SPD.-Funktionäre ihr nicht zustimmten. Genosse Riedel erwiderte darauf in kurzen, kräftigen Worten; kennzeichnete treffend die Politik der SPD. — ihre Verbrüderung mit dem Kapitalismus, wodurch die Arbeiter, welche sich so wie so schon in der größten Not befinden immer tiefer ins Elend kommen — sowie den wahren Sachverhalt ihrer Ver- und Enthaftung. Weiter sprachen Genossin Reich und Genosse Schubert im Sinne der Referentin. Genossin Kranse widerlegte Frau Anjorge in kurzen Worten ihre Bemerkung, daß sie eine aufrichtige Proletarierin geblieben ist. Wenn das der Fall wäre, müßte sie schon längst in den Reihen der KPD. stehen.

Gen. Reichert widerlegte dann in eindrucksvollen Worten in ihrem Schlußwort die Ausführungen der Frau Anjorge, zeigte die Wege, welche nur einzig und allein die richtigen sind, im Sinne des Proletariats zu wirken und eine geschlossene Front zu bilden gegen alle Ausbeuter und Verräter. Die Versammlung brachte uns ein gut Teil vorwärts, eine ganze Anzahl Abonnenten für die „Kommunistin“ sowie auch Frauen für die Partei wurden gewonnen und eine stattliche Zahl Frauenbroschüren verkauft.

Die wütende „Bergwacht“.

Die „Bergwacht“ zieht in ihrer Nummer vom 17. 1. wieder einmal mächtig gegen die Kommunisten los und schimpft wie toll über eine Freiburger Frauenversammlung, über die wir oben berichten. Daß die alternde Henne aus Waldenburg wütend mit den Flügeln schlägt und sich aufplustert wie nicht gescheit, ist kein Wunder. Gerade Freiburg macht ihr so schwere Sorgen. Wie ein betrübter Lohgerber sieht die SPD. dort ein Fell nach dem andern wegschwimmen. In der Gewerkschaft, im Konsumverein, im Gewerkschaftskartell, gewinnen die Kommunisten immer mehr Einfluß und immer mehr das Vertrauen der Arbeiterschaft. Trotz (oder wegen?) der unverschämtesten und niedrigsten Hetze der „Bergwacht“ ist die Ortsverwaltung Freiburg des Deutschen Metallarbeiterverbandes bis auf einen Kollegen von Kommunisten besetzt und nun ist gar noch das Malheur passiert, daß der Vorsitz des Gewerkschaftskartells in die Hände der Kommunisten glitt, das ist Veranlassung genug aus dem Häuschen zu geraten. Nur sollte man sich merken, wer schimpft, hat Unrecht. So auch hier. Wir wundern uns auch nicht über das Gekreische, das gehört so zum eisernen Bestand der „Bergwacht“. Nur sollte man es vermeiden, die Lügen allzu dick aufzutragen. So schreibt der Schmierfink in der Bergwacht, daß die Genossin Reichert niemals Landtagsabgeordnete gewesen sei, daß sie „entweder unter falschem Namen reise oder sich ein Mandat in die Tasche lüge“. Diese bewunderungswürdige Polizeispitzelmethode macht der Bergwacht alle Ehre, sie will doch hinter ihrem großen Bruder „Vorwärts“ nicht zurückstehen. Nichtsdestoweniger ist und bleibt es aber eine ganz gemeine Lüge. Der Preußischen Nationalversammlung, die von 1919 bis 1921 tagte, gehörte die Genossin Minna Reichert als Abgeordnete des Wahlkreises Berlin an. Diese Tatsache wegzulügen, bringt eben nur die Bergwacht fertig. Da sie mit sachlichen Argumenten uns Kommunisten nicht beikommen kann und mit trauerndem Herzen sehen muß, wie die von ihr schon so oft „getötete“ KPD. lebt, blüht und gedeiht, kämpft sie auf diese Art und Weise. Nur weiter so, wir sind mit dem Erfolg zufrieden.

Volksversammlung in Nieder-Salzbrunn.

Am 13. Januar fand in Nieder-Salzbrunn eine Volksversammlung der KPD. statt. Genosse **Melzer**, Gottesberg sprach über die neuen direkten und indirekten Steuern und die völlige Verelendung der Arbeiterschaft. Genosse Melzer führte aus, daß infolge des immer größer werdenden Verfalls des kapitalistischen Systems die Steuerfrage eine immer brennendere wird. Der Staat ist nicht mehr in der Lage, seine Ausgaben auch nur zum kleinen Teil zu decken. Statt wirkliche und tiefgreifende Besitzsteuern zu erheben, hat man auch jetzt wieder diese fast völlig fallen gelassen und gedenkt den größten Teil der Steuern wiederum auf die Masse der Arbeiter und der kleinen Leute abzuwälzen. Zu diesem Tun bieten auch leider die Führer der SPD. die Hand, trotz des gegenteiligen Versprechens, die Besitzsteuern restlos auszubauen, die Gold- und Sachwerte zu erfassen. Der Referent zeigte dann die Wirkungen der vorgesehenen Steuern auf die Lebenshaltung der Arbeiter. Wenn die Arbeiterschaft es nicht versteht, im Kampfe gegen diese ungeheuerlichen steuerlichen Belastungen einmütig zusammen zu stehen, muß sie unrettbar der völligen Verelendung anheimfallen. Wenn heute die Bürgerlichen im Verein mit den Sozialdemokraten noch auf ein Wunder oder auf Vernunft der Ententeländer wartet, so mögen die Arbeiter sich gesagt sein lassen, es geschehen keine Wunder und Vernunft kann die Entente garnicht annehmen, da die europäischen Länder selbst mehr oder minder am Rande des Abgrundes stehen. Genosse Melzer kam auf die Erfassung der Gold- und Sachwerte zu sprechen und zeigte, daß es wohl möglich wäre bei einer Erfassung der Gold- und Sachwerte unter der Kontrolle der Arbeiter dem Steuerdalles ein Ende zu machen. Er forderte die Arbeiter auf, in ihren gewerkschaftlichen Organisationen die Gewerkschaftsführer zu drängen, daß die zehn Punkte des ADGB. tatsächlich verwirklicht werden. Redner ging noch auf die allgemeine wirtschaftliche Lage, sowie auf die schwebenden Gesetzesvorlagen, wie beispielsweise die famose Schlichtungsordnung näher ein. Alle diese Maßnahmen müssen die Arbeiterschaft dazu drängen, einmütig im kommenden Abwehrkampf zusammen zu stehen. Nachdem Genosse Melzer nochmal zusammenfassend den Anwesenden vor Augen führte, wo die Arbeiterschaft hinkommt, wenn dieselbe sich nicht vereinigt im Kampfe um die drohenden Steuern und im Kampfe gegen die kapitalistische Ausbeutung, richtet er einen warmen Appel an die Arbeiterschaft, sich nicht durch lügnerische Enthüllungen und andere fadenscheinige Mätzchen der SPD.-Führer von einer gemeinsamen Kampffront abbringen zu lassen. Er schloß seine Ausführungen unter großem Beifall mit den Worten: Nicht betteln, nicht bitten, nur mutig gestritten, nie kämpfe es sich schlecht, für Freiheit und Recht.

Nach einer kurzen Aussprache einiger Genossen über die durch die sogenannte Enthüllungskampagne eingeleitete und von SPD.-Führern sorgsam genährte Kommunisten-Hatz, wozu auch, um nicht aus der Reihe zu tanzen und sich das Wohlwollen der oberen Führer zu erhalten, die hiesige „Bergwacht“ fast in jeder Nummer ihr Teil dazu beiträgt, ging Genosse Melzer in seinem Schlußwort auf die sogenannten Enthüllungen der SPD.-Presse ein und wies auf Grund von Tatsachen, u. a. die Ergebnisse des amtlichen Untersuchungsausschusses nach, daß diese Enthüllungen, die außerdem gemeine Fälschungen und Entstellungen enthalten, nur den Zweck hatten, die Arbeiterschaft von den sie augenblicklich bedrohenden Ereignissen abzulenken, eine gemeinsame Kampffront zu verhindern und um die eigene arbeiterfeindliche Haltung der SPD.-Führer zu verdunkeln. Doch trotz alledem, genützt hat es nichts, die Arbeiterschaft hat dieses Spiel durchschaut und wie die Verhältnisse es im allgemeinen zeigen, ist die Arbeiterschaft auch gewillt, eine gemeinsame Front gegen die kapitalistische Ausbeutung zu schaffen.

Gewerkschafts-Bewegung.

Zur Lohnbewegung der Breslauer Holzarbeiter.

In der am Mittwoch, den 18. Januar, in der „Wilhelmsburg“, Breslau, tagenden Mitgliederversammlung, in der über die Gesamtlage berichtet wurde, beschlossen die Kollegen mit 1089 gegen 31 Stimmen das letzte gewerkschaftliche Mittel, den Streik anzuwenden um die Forderungen zu erzwingen. Wenn die Verhandlungen, die am Sonnabend in Hirschberg geführt werden, den Forderungen nicht entsprechen, wird am Montag, den 23. 1. die Arbeit niedergelegt. Am Sonntag wird über die Verhandlungen berichtet. Saal wird noch bekannt gegeben.

Aus dem Bauarbeiterverband.

Die Einheitsfront des Proletariats, die heute mehr denn je erforderlich ist, wird durch Paeplow immer wieder aufs neue zerschlagen. Nachdem der Hauptvorstand auf Anweisung der Bezirksleitung die Kollegen Andre und Ziehm aus der Organisation entfernt hatten, jedoch die Spaltung des Zweigvereins nicht erreichen konnten, weil die ausgeschlossenen Kollegen für den festen Zusammenschluß der Kollegen weiterhin eintraten, greifen die Schauer und Paeplow erneut zu diesem Mittel, um endlich zum Ziele zu gelangen. Den Kollegen Franz, Prescher, Ernst Helfer und Albert Stach wurde folgendes Schreiben durch den Hauptvorstand zugesandt:

Hamburg, den 4. Januar 1922.

Werter Kollege!

Nach den im Verein Stettin gemachten Feststellungen gehörst Du der Kommunistischen Fraktion an und begehst in den Versammlungen allerhand Quertreibereien, die den Verband schädigen.

Auf Grund dieses Verhaltens hat der Verbandsvorstand Deinen Ausschluß aus dem Verbande beschlossen und wirst Du hierdurch aufgefordert, alle eventuell noch in Deinem Besitz befindlichen Verbandsutensilien an die Verwaltung des Vereins abzuliefern. Die Bekanntmachung des Ausschlusses erfolgt in der Nummer 2 des Grundsteins.

Besten Gruß
Deutscher Bauarbeiterverband.
Der Verbandsvorstand.
J. A.: Gustav Mohnk.

In der blinden Wut gegen die Kommunisten hat man auch einen Kollegen ausgeschlossen, der nicht zur Kommunistischen Partei gehört. Es macht nichts, der Kollege hat es gewagt, in der Mitgliederversammlung einen kommunistischen Antrag zu unterstützen, und darin liegt schon der Grund zum Ausschluß. Wir stellen hierdurch fest, daß der Kollege Stach nicht Mitglied der Kommunistischen Partei ist. Trotzdem befindet er sich unter den Ausgeschlossenen. Man hat in diesem Ausschlußverfahren keinen Paragraphen des Statuts zu Hilfe genommen, weil das Statut anscheinend einen solchen Paragraphen nicht aufzuweisen hat, der diese Ausschlüsse rechtfertigen kann. Die Schauer-Paeplow pfeifen auf das Statut.

(Fortsetzung der Gewerkschaftlichen Uebersicht auf Seite 4.)

Deine Sparkasse als Mitglied der KPD. ist die Produktivgenossenschaft für die Provin[z] Schlesien, Breslau, Nikolaistraße 49/50, I. Unterstütze dein ureigenes We[rk] und zeichne sofort deinen Anteil. Das Büro ist täglich bis 7 Uhr geöffne[t]

Brief der Exekutive der Kommunistischen Internationale an den Zentralausschuß der KPD.

I. Auf richtigem Wege.

Die KPD. hat durch ihre Stellungnahme in der wichtigsten politischen aktuellen Frage, in der Frage der deutschen finanziellen Krise und ihrer Lösung, einen Standpunkt eingenommen, der beweist, daß sie gewillt ist, eine Politik zu treiben, die die breitesten Massen des Proletariats um sie sammeln wird.

Dadurch, daß sie die Aufbürdung der Steuerlasten auf die Besitzenden durch die **Erfassung der Sachwerte** fordert, daß sie diese Losung erweitert hat durch die Forderung der Kontrolle **der Produktion** vermittels der Ausnutzung des so durch den Staat gewonnenen Einflusses, daß sie die Losung der **Arbeiterregierung** aufgestellt hat als des Weges, auf dem allein die vorangehenden Losungen durchgeführt werden können, wird die KPD. befähigt sein, nicht nur agitatorisch und organisatorisch große Arbeitermassen um sich zu sammeln, sondern sie wird die anderen sich auf das Proletariat stützenden Parteien nötigen, entweder offen und klar sich auf die Seite der Bourgeoisie zu stellen oder den Kampf gegen die kapitalistische Koalition aufzunehmen. Diese Stellungnahme des November-Zentralausschusses der KPD. hat in der Partei nicht nur keine prinzipiellen Einwendungen hervorgerufen, sondern sie hat in den breitesten Reihen der Parteimitglieder das freudige Gefühl erweckt, daß die Partei sich auf dem richtigen Wege befindet, auf dem sie zu der Partei des Proletariats wird. **Somit hat die Partei die politische Krise überwunden**, die sie im März erlebte und deren Wesen darin bestand, daß führende Kreise der Partei annahmen, die Avantgarde des Proletariats könne die Schlachten schlagen für die ganze Arbeiterklasse, oder sie könne durch ihren Heldenmut allein die Arbeitermassen in den Kampf hineinziehen.

Die Tatsache, daß sich die Partei auf richtigem Wege befindet, mußten ihre größten Feinde eingestehen. Die Kommunistische Arbeitsgemeinschaft, die gebildet worden ist durch Leute, die aus der KPD. ausgeschlossen worden oder selbst aus ihr desertiert sind, war genötigt, in ihrer ersten Reichskonferenz einzugestehen, daß, wenn die KPD. die Linie des Zentralausschusses einhält, sie die revolutionären Arbeiter der SPD. und USPD um sich sammeln wird. Damit hat die KAG. bei ihrer Geburtstagsfeier eingestanden, daß all ihre Kassandra-Rufe von der putschistischen Gefahr, von der Trennung der KPD. von den Massen eitel Gerede waren. Und da die politische Linie, die der Zentralausschuß der KPD. im November 1921 festgelegt hat, keine Improvisation darstellte, kein Verlegenheitsprodukt, sondern da sie die Weiterführung der Linie des „Offenen Briefes" war, die auf kurze Zeit durch die Märzereignisse unterbrochen, nach ihnen von der Partei wieder aufgenommen, in Jena von neuem gutgeheißen worden ist, so mußten die Gegner der Kommunistischen Partei Deutschlands, die SPD. und die USPD., in dieser Politik der KPD. die größte Gefahr erblicken. Daß das der Fall ist, bewiesen sie durch ihre Enthüllungskampagne, in der sie durch Aufwärmung all der im April von Levi gesammelten Behauptungen über die im März begangenen Fehler, durch Aufwärmung von Verleumdungen, Lügen und Legenden, die Kommunistische Partei den Arbeitermassen als eine Partei von Abenteurern darzustellen suchten, mit denen ein besonnener Arbeiter nichts zu tun haben darf. Die Enthüllungen der SPD. und der USPD. waren von größter Bedeutung als ein Beweis, erstens, **daß die sozialdemokratischen Führercliquen die KPD. von neuem zu fürchten beginnen**, und zweitens, daß die Führer der sozialdemokratischen Parteien, obwohl sie **in Worten für die Einheit** der Arbeiterklasse eintreten, gewillt sind, **alles zu unternehmen, um die Bildung der wirklichen, für den Kampf bestimmten Arbeitsfront des Proletariats zu verhindern.**

II. Die Enthüllungen des „Vorwärts".

Die „Enthüllungen" des „Vorwärts" konnten die Arbeitermassen nur für einen Augenblick verwirren. Denn jeder Arbeiter mußte sich nach dem ersten Augenblick sagen, daß, wenn diese Enthüllungen wahr sind, so müßte die Staatsanwaltschaft sofort eingegriffen haben, da sie das Material seit vier Monaten in Händen hatte. Sie mußten sich weiter sagen, daß, falls diese „Enthüllungen" der Wahrheit entsprechen, falls einzelne Führer und Mitglieder der Kommunistischen Partei sich Akte der Provokation zuschulden kommen ließen, sie dies getan haben aus dem ehrlichen Willen, die Arbeiterklasse zum Kampfe gegen die Bourgeoisie zu bringen, die die mitteldeutschen Arbeiter niederzuwerfen suchte, um in ganz Deutschland die Löhne zu drücken, den Achtstundentag abzuschaffen. Und wenn die Arbeiter diese Fehltritte verglichen damit, daß die Sozialdemokraten Severing und Hörsing die mitteldeutschen Arbeiter zum Kampfe provoziert haben, um sie niederzuwerfen und der Bourgeoisie auszuliefern, so konnte kein Zweifel darüber bestehen, für wen sich die Arbeiter aussprechen werden.

Die KPD. hatte nicht zu verhüllen, **daß Fehler in den Märztagen begangen worden sind.** Dies wurde offen in den Resolutionen des Dritten Kongresses der Kommunistischen Internationale festgestellt, wo gleichzeitig konkret gesagt wird, in welchen Situationen Gewaltmittel vom Standpunkte der Interessen der Arbeiterklasse zulässig sind. Aber die Kommunistische Partei Deutschlands hatte trotzdem die Pflicht, die ehrlichen revolutionären Arbeiter, die aus der ehrlichen Ueberzeugung Fehler begangen haben, in Schutz zu nehmen vor der Klassenjustiz des kapitalistischen Staates. Sie hatte weiter die Pflicht, ihre ganze Kraft zu sammeln, um den Angriff der Sozialdemokratie abzuwehren und zum Angriff auf sie überzugehen. Sie hatte in die Massen zu gehen mit der Erklärung: **„Wir sind bereit, mit den sozialdemokratischen Parteien zusammen in den Kampf gegen die neuen Steuern, gegen die neue Teuerungswelle zu gehen, obwohl diese Parteien, mit Noske, Scheidemann und Ebert an der Spitze, drei Jahre lang dem Proletariat die größten Wunden geschlagen haben, — wenn sie nur jetzt gewillt sind, zu kämpfen. Die Sozialdemokraten dagegen helfen dem kapitalistischen Staatsanwalt durch eine Progromhetze gegen wirkliche oder angebliche Fehler einzelner Kommunisten, ehrliche revolutionäre Arbeiter ins Zuchthaus zu bringen, weil sie das Bündnis mit Stinnes dem Bündnis mit den kommunistischen Arbeitern vorziehen.**

Arbeiter! Erlaubt Euren Führern nicht mehr, den Kampf der Arbeiterklasse zu sabotieren!"

Die KPD. war nicht imstande, ihre Kräfte voll auf diese ihre wichtigste Aufgabe zu konzentrieren, weil die KAG. und die mit ihr verbundenen Mitglieder der Partei in den Arm gefallen sind, sie zu verwirren, eine Krise in ihr zu schaffen suchten.

III. Die KAG. als Helfershelferin der Sozialdemokratie.

Die KAG. ist eine Führerclique ohne Soldaten. Sie besteht aus Leuten, die zum Kommunismus gekommen sind, als ihnen schien, daß der Sieg leicht sein wird, daß das Proletariat in einem Ansturm die Bourgeoisie niederwerfen wird. In dieser Zeit stand ein Teil der jetzigen KAG.-Leute selbst auf dem extremputschistischen Standpunkt. Nachdem der erste Angriff des Weltproletariats auf die Bourgeoisie abgeschlagen war, nachdem die Periode der Sammlung der Kräfte des Proletariats zu weiteren Kämpfen begann, begann ein Teil dieser Eintagskommunisten, an den Aufgaben des Kommunismus zu verzweifeln. Sie waren der schwierigen Aufgabe nicht gewachsen, die Arbeitermassen zu Kämpfen um Uebergangslosungen zu sammeln, in diesen Kämpfen das Bewußtsein des Proletariats zu läutern, es organisatorisch zu Kadern für die weitere Entwicklung der Revolution auszubilden. In der Zeit, wo die vorübergehend verlangsamte revolutionäre Entwicklung keine Ereignisse verzeichnete, die die Arbeiter spontan international zusammenfassen, sie spontan mit dem Gefühl der internationalen Zusammengehörigkeit erfüllen konnten, verloren die KAG.-Leute das Verständnis für die Notwendigkeit des engeren Zusammenschlusses der Vorderreihen des Proletariats, der Kommunisten, für den Austausch ihrer Erfahrungen und für den Ausbau einer gemeinsamen Taktik, einer internationalen Leitung auf Grund dieser Erfahrungen. Eingeschüchtert durch die vorübergehende Erstarkung des Reformismus und seiner Organisationen, fürchteten sie, ihm die Stirn zu bieten durch die Zusammenfassung breiter Massen revolutionärer Gewerkschaftler in den Reihen der Roten Gewerkschaftsinternationale. Nachdem sie dem Kampfe Sowjetrußlands zugejubelt hatten, der sie bestach durch den glänzenden Sieg mit den Waffen, stehen sie jetzt da ohne jedes Verständnis dafür, daß da sich die Entwicklung der Weltrevolution langsamer gestaltet, auch Sowjetrußland nicht in der Lage ist, weiter in seinem Angriff auf den Kapitalismus zu gehen, ja, daß es genötigt ist, bis eine neue internationale Welle der Revolution heranflutet, viele Kampfpositionen abzubauen, um die Macht zu behalten, was nicht nur für das russische, aus tausend Wunden blutende Proletariat notwendig ist, sondern deren Erhaltung eine der wichtigsten Voraussetzungen des nächsten Angriffes des europäischen Proletariats auf die Bourgeoisie ist. Haltlose Intellektuelle und Organisatoren ohne jeden historischen Ausblick, klagen sie in ihrem Katzenjammer die russische Sowjetregierung wegen dessen an, was sie selbst für sich, für die Kommunistische Internationale, als absolute Notwendigkeit ansehen, nämlich daß sie mit der geänderten weltpolitischen Situation rechnet.

Entfremdet der lebendigen Arbeiterbewegung, hat die jetzige Gruppe der KAG. eine Politik geführt der vollen politischen Passivität, des Fehlens jeder revolutionären aufrüttelnden Agitation, und sie hat dadurch innerhalb der VKPD. die Tendenzen der revolutionären Ungeduld gestärkt. Als dies zu den Fehlern vom März führte, waren die Führer der KAG.-Gruppe nicht imstande, hinter den von der Partei in der Aktion begangenen Fehlern die lebendige kämpfende Partei zu sehen. Statt zu versuchen, diese Fehler innerhalb der Partei und durch sie zu korrigieren, drehten sie aus diesen Fehlern zusammen mit der Bourgeoisie und Sozialdemokratie der Partei einen Strick und stellten die Vorhut des deutschen Proletariats als eine Bande von Abenteurern dar, die aus der deutschen Arbeiterbewegung verschwinden muß. Da die Partei diese ihre Angriffe rücksichtslos abwies, und die Brecher der proletarischen Solidarität aus ihren Reihen entfernte, wurde **der Kampf gegen die Kommunistische Partei Deutschlands zu ihrer Hauptaufgabe.** Die Kommunistische Internationale, die der Partei half, die Fehler einzusehen, aber gleichzeitig, ihr den Weg zum weiteren revolutionären Kampfe wies, wurde für die Abtrünnigen der Gegenstand des Hasses. Fragen, die in einer proletarischen Organisation reine Zweckmäßigkeitsfragen sind, wurden für sie zum Gegenstand einer nationalistischen Hetze. Die materielle Unterstützung, die sie selbst jahrelang von der Kommunistischen Internationale forderten und erhielten, wurden von ihnen jetzt dargestellt als das Mittel der Korrumpierung der deutschen Arbeiterbewegung durch die Kommunistische Internationale. Levi und Däumig, die als Vorsitzende der Partei verstanden, daß eine immerfort wieder in die Illegalität zurückgeworfene, von der ganzen kapitalistischen Welt verfehmte Partei das Recht auf materielle Bruderhilfe hat, suchen jetzt die Bewegung durch die Anklage zu zersetzen, daß die deutsche Sektion ihre Politik nicht selbständig führen kann, weil sie die Hilfe der Kommunistischen Internationale beansprucht. Und sie suchen die Sache so darzustellen, als ob die Exekutive der Kommunistischen Internationale ein Interesse daran habe, die deutsche Partei in materieller Abhängigkeit zu erhalten. Dieselben Leute, die früher die Notwendigkeit der internationalen Leitung ausgezeichnet verstanden und die Hilferding und Dittmann bekämpften, weil diese die internationale Leitung aus opportunistischen Gründen ablehnten, schreien jetzt aus Leibeskräften gegen die „Einmischung" der Exekutive, gegen die „Kontrolle" und die „Ukase" von Moskau: Sie schreien, weil sie wissen, daß die Exekutive ihre opportunistische Politik bekämpfen wird. Die Leute, die ihr politisches Leben bisher fristeten durch das Nachplappern des Abc des Kommunismus, und die jetzt alle alten Ladenhüter von Crispien, Dittmann und Hilferding als funkelnagelneue Entdeckung anpreisen, fordern in der Positur von Marquis Posa Geistesfreiheit, um damit zu verdecken, daß sie jedes kommunistischen Geistes frei sind. Leute, die in keiner Frage der deutschen Arbeiterbewegung die Losung des Tages gefunden haben, die in der Frage der Gewerkschaften erst auf den richtigen Weg gebracht werden mußten, die in der Frage der Taktik des „Offenen Briefes" entweder sich vor Tatsachen beugten oder sich gegen sie sträubten, die in der Frage der Erfassung der Sachwerte, der Arbeiterregierung ohne jede Orientierung dastanden, treten jetzt auf als die Präsidenten zur Leitung der deutschen Partei.

Wenn diese Gruppe von politischen Quacksalbern alles vergessen hat, was sie jemals vom Kommunismus gewußt hat, so hat sie auf einem Gebiet vieles gelernt: auf dem Gebiet der Intrige, der Linierarbeit. Während die Arbeitsgemeinschaft die propagandistische Organisation zum Kampfe gegen den Kommunismus außerhalb der Reihen der KPD. ihre Zelte aufgeschlagen hat, organisierte sie gleichzeitig in **der Partei die Zellen**, die die Partei unterminieren und den Levi, Geyer ausliefern sollten. Kühl und zynisch tat ein Teil dieser Leute, als ob er der Partei Treue halten wollte, als ob er in Reih und Glied kämpfen wollte, um nur die Posten, die ihnen die Partei im Vertrauen gab, gegen die Partei auszunützen. Aber ohne jedes politische Augenmaß, wie sie sind, haben die Levi, Däumig und ihre Mithelfer in der Partei zu früh ihre Karten aufgedeckt. Als der „Vorwärts" die von ihnen selbst fabrizierte Stinkbombe gegen die KPD. warf, glaubten sie, daß ihr Augenblick gekommen sei. Sie rechneten auf die Verwirrung in den Reihen der Partei und ließen ihre Sprengkolonne in Bewegung treten. Nicht nur ein Braß, der die Langmut der Zentrale verhöhnend, an der Reichskonferenz der KAG. teilzunehmen die eiserne Stirn hatte, sondern sogar Leute wie Malzahn, die bisher von Loyalität nur so trieften, hatten den traurigen Mut, an die Zentrale mit der Forderung heranzutreten, daß die revolutionären Genossen, die vielleicht in ihrem redlichen Bestreben, der Revolution und der Arbeiterklasse zu dienen, Fehler begangen haben, im Stiche lassen und wehrlos der kapitalistischen Justiz ausliefere. Sie forderten den Rücktritt von Genossen, in denen sie ihre erbittertsten Feinde sahen, weil sie hofften, daß dadurch eine solche Verwirrung in der Partei eintreten werde, daß es ihnen, den politischen Bankrotteuren gelingen würde, wieder die Leitung der Partei in die Hand zu nehmen, um sie der USPD. zuzuführen. **Sie haben die letzte Maske fallen gelassen, indem sie an die Partei offen die Forderung richten, sie solle ihre Tore wieder denen öffnen, die sie in ihren schwersten Momenten an der Seite nicht nur des „Vorwärts", der „Freiheit", sondern an der Seite Weismanns gesehen hat.**

(Schluß folgt.)

Die Mutter.

Sozialer Roman von Maxim Gorki.

7) Uebersetzt von Adolf Heß.

Er ergriff ihre Hand und preßte sie fest zwischen die seinigen.

Ihr war das Wort „Mutter" überraschend, das er mit jäher Kraft ausgesprochen und ferner dieses neue und sonderbare Händedrücken.

„Ich werde nichts tun!" sagte sie mit brechender Stimme. „Nur nimm dich in acht .... Nimm dich in acht!"

Da sie nicht wußte, wovor er sich in acht nehmen sollte, fügte sie traurig hinzu:

„Du wirst immer magerer ..."

Sie umfing seinen festen, schlanken Leib mit einem warmen Blick und sagte eilig und leise:

„Gott mit dir! Leb', wie du willst, ich werde dich nicht stören. Nur um eins bitte ich dich — sprich nicht ohne Furcht mit den Menschen! Man muß die Menschen fürchten — sie hassen sich alle gegenseitig, leben voller Gier, voll Neid. Alle haben Freude am Bösen ... Sobald du anfängst, sie anzuklagen und zu verurteilen, werden sie dich hassen und dich zugrunde richten!"

Der Sohn stand in der Tür und hörte ihren grammvollen Worten zu; als aber die Mutter geendet, meinte er lächelnd:

„Die Menschen sind schlecht, ja ... Seitdem ich aber weiß, daß es Wahrheit in der Welt gibt, sind die Menschen besser geworden."

Er lächelte wieder und fuhr fort:

„Ich verstehe selbst nicht, wie das gekommen ist! Von klein auf habe ich alle gefürchtet ... Als ich herangewachsen, begann ich sie zu hassen ... die einen wegen ihrer Gemeinheit, die anderen, ich weiß nicht weshalb ... Einfach so ... Jetzt sind aber alle anders geworden .... vielleicht weil sie mir leid tun. Ich kann es mir nicht erklären ... aber mein Herz ist weicher geworden, seitdem ich weiß, daß es Wahrheit in den Menschen gibt ... und daß nicht alle an ihrem Schmutz schuld sind ..."

Er schwieg, als horchte er auf etwas in seinem Innern, dann sprach er halblaut und nachdenklich:

„So wirkt die Wahrheit!"

Sie blickte ihn an und meinte leise:

„Du hast dich gefährlich verändert ... ach Gott!"

Als er sich hingelegt hatte und eingeschlafen war, stand die Mutter behutsam wieder auf und trat leise zu ihm hin. Pawel lag auf dem Rücken, und von dem weißen Kissen hob sich sein braunes, trotziges und strenges Gesicht deutlich ab. Die Hände gegen die Brust gepreßt, stand die Mutter barfuß, nur im Hemde, neben seinem Bett, ihre Lippen bewegten sich lautlos, und aus ihren Augen flossen gleichmäßig, eine nach der anderen, große trübe Tränen ...

5.

Und wieder lebten sie schweigend, weit voneinander entfernt und einander doch so nahe.

Als Pawel an einem Festtag, mitten in der Woche, einmal aus dem Hause ging, sagte er zur Mutter:

„Sonnabend versammeln sich die Leute bei mir ..."

„Welche Leute?" fragte sie.

„Ein paar von hier ... andere aus der Stadt."

„Aus der Stadt? ..." wiederholte die Mutter, den Kopf wiegend und schluchzte plötzlich auf.

„Nun, wozu, Mama?" rief Pawel unzufrieden. „Warum?"

Sie wischte das Gesicht mit der Schürze ab und erwiderte leise:

„Ich weiß nicht ... es ist nur so ..."

Er trat zu ihr, blieb dann vor ihr stehen und fragte:

„Hast du Furcht?"

„Ja," gab sie zu. „Die aus der Stadt ... wer kennt denn die?"

Er neigte sich zu ihrem Gesichte nieder und sagte böse, wie sein Vater:

„Eben an dieser Furcht gehen wir alle zugrunde! Die uns kommandieren, benutzen die Furcht und schüchtern uns noch mehr ein. Begreif' doch, sobald die Menschen sich fürchten, versaulen sie wie die Birken im Sumpf ... Wir müssen uns ermannen, es ist Zeit!"

Er trat zurück und sprach:

„Ganz einerlei .... sie versammeln sich doch bei mir!"

Die Mutter wimmerte:

„Sei nicht böse! Wie sollte ich nicht ängstlich sein? Hab' mein ganzes Leben in Angst zugebracht."

Halblaut und etwas weicher sagte er:

„Verzeih' mir ... Ich kann nicht anders ..." und ging fort.

Drei Tage lang zitterte ihr Herz und stand jedesmal still wenn sie daran dachte, daß in das Haus fremde Leute kommen würden. Sie konnte sie sich nicht vorstellen, aber es war ihr so, als wenn sie schrecklich sein müßten. Es waren ja die Menschen, die dem Sohn den Weg gewiesen, den er ging ...

Sonnabend abend kam Pawel aus der Fabrik, wusch sich, kleidete sich um, ging wieder fort und sagte, ohne seine Mutter anzusehen:

„Wenn Leute kommen, sag', daß ich gleich zurückkehre ... Sie können warten. Und bitte, hab' keine Angst .... es sind Menschen wie andere auch."

Sie ließ sich kraftlos auf der Bank nieder. Der Sohn blickte sie mürrisch an und schlug ihr vor:

„Vielleicht gehst du aus ...?"

(Fortsetzung folgt.)

Der Breslauer Zweigverein hat ebenfalls einen mit allen Fasern Paeplow ergebenen Vorstand. Der Kollege Meißner und der Sektionsführer der Stukateure pfeifen einfach auf die Beschlüsse der Sektionsversammlung, wonach die Kollegen bereit sind, jederzeit mit dem nach dem letzten Streik ausgeschlossenen Kollegen Gutsche zusammenzuarbeiten. Kollege Gutsche, der sich bei Arbeitsvermittlung an den paritätischen Nachweis des Verbandes wenden muß, wird von dem Sektionsleiter Habel, der den Nachweis führt, dauernd übergangen. Wenn wir auch anerkennen, daß jeder Arbeiter gewerkschaftlich organisiert sein muß, ist es unseres Erachtens eine Schlechtigkeit sondergleichen, einem Kollegen die Wiederaufnahme in den Verband zu verwehren, und ihm zugleich Arbeit in seinem Beruf unmöglich zu machen.

Die satten Bürokraten haben dann noch die Unverfrorenheit, über ungerechtfertigte Angriffe zu zetern, wenn man ihre hochweisen Ausmaßungen kritisiert.

Generalversammlung der Schneider.

Die Generalversammlung ist die Fortsetzung einer resultatlos abgebrochenen, und wird mit einer nicht endenwollenden Debatte zur Tagesordnung, woran sich wohl 20 Redner beteiligen, eröffnet. Ortsleitung wie Vertrauensmännerkörper wollen die Wahl der Ortsleitung zuerst erledigen, während einige Redner und vor allem anwesende Gau- und Zentralleitungsmitglieder für Fortsetzung der Diskussion zum Geschäftsbericht als ersten Punkt sich scharf ins Zeug legen. Gegen eine verschwindende Minderheit wird für den Vorschlag der Ortsleitung entschieden. Gegen wenige Stimmen werden die von der Ortsleitung vorgeschlagenen Kollegen restlos gewählt.

Die Diskussion zum Geschäftsbericht war zum größten Teil mit persönlichen Anschuldigungen und Verdächtigungen ausgefüllt, welche sich alle in ihrer Spitze gegen den 1. Bevollmächtigten Baak richteten. Trotzdem sich die Vertreter von Gau- und Zentralleitung alle erdenkliche Mühe gaben, die Sache so unparteiisch wie möglich hinzustellen, sah man doch ganz klar, daß sie gekommen waren, um einen unbequemen Angestellten zu beseitigen. (Er soll Kommunist sein.) Es nützten keine Erklärungen und Anträge, man merkte es deutlich, die Schneider werten ihre Führer nach Taten und nicht nach schönen Reden, denn der Beifall blieb aus.

Was aus der Diskussion hervorgehoben zu werden verdient, sind die Worte der Kolleginnen Stepanowitz und Müßig, indem erstere sagte, daß bürgerliche Gerichte bei solchen Vorkommnissen, wie sie hier vorliegen, sich von anderen Motiven leiten lassen, als hier die Gewerkschaftsbürokratie, und gab den Zentralinstanzen den Rat, sich nicht in Ortsangelegenheiten zu sehr zu mischen, sondern bald einmal, und mehr wie bisher, damit zu befassen, wie die zum soundsovielten Male aufgestellten Punkte des ADGB. in die Tat umgesetzt werden können. Kollegin Müßig stellte fest, daß wir immer mehr ins wilhelminische Fahrwasser geraten, und alles Wirken, wie Aufopferung der Mitglieder im Betriebe erlahmt, wenn man sieht, wie wir immer mehr in Knechtschaft geraten, und unsere obersten Leitungen sich nicht mit dem befassen, wie die Wucht der Organisationen anzuwenden sind, um endlich einmal zur Freiheit zu gelangen.

Hatte während der ganzen Versammlung der Vorsitzende, Kollege Baak, sich jeder Stellungnahme enthalten und völlig unparteiisch gehandelt und jeder Diskussion weitesten Spielraum gewährt, so rechnete er im Schlußwort kurz, treffend, beweisend und wuchtig mit den Zentralinstanzen ab, und indem er sagte, daß die Zentralleitung nicht nach unten so einen Ton anschlagen, sondern vor der eigenen Tür kehren soll, denn wir sind Manns genug, um auf Reinlichkeit halten zu können. Er bewies klar, daß nicht diejenigen im Sinne einer Partei handeln, welche dieses bezichtigt werden, sondern die Zentralleitung handelt parteiisch, sie will diktieren und wir lassen uns dies nicht gefallen. Daß die Kollegenschaft voll hinter ihm steht, bewies der ganze Verlauf der Versammlung. Eine Resolution, in welcher sich die Mitgliedschaft gegen derartiges Eingreifen der Zentralleitung verwahrt, fand einstimmige Annahme.

Zum Schluß erklärte der Vertreter der Zentralleitung: Wenn die Ortsleitungen sich solch eigenmächtiges Vorgehen anmaßen, dann muß letzten Endes der Verbandstag entscheiden. Sch.

Zur Teuerungsbewegung für die Angestellten

der Reichs- und Staatsbehörden wird uns vom Zentralverband der Angestellten geschrieben:

Am frühen Morgen des 13. d. M. sind die Verhandlungen mit der Reichs- und preußischen Staatsregierung zum Abschluß gekommen. Erreicht wurde für jeden Angestellten, gleich welcher Gruppe und welchem Dienstalter, eine Erhöhung der jetzigen Bezüge in der Weise, daß auf die ersten 10 000 Mark Einkommen aus Grundgehalt und Ortszuschlag ein Teuerungszuschlag von 40 Prozent statt 30 Prozent gewährt wird. Für die überschießenden Beträge bleibt der bisherige Teuerungszuschlag von 20 Proz. bestehen. Vorbehaltlich der Zustimmung des Reichstages erhält die Vereinbarung Wirkung vom 1. Januar 1922. Trotz der angestrengtesten Bemühungen war leider nicht mehr zu erreichen. Die schriftliche Festlegung zum Tarifvertrag durch besonderen Nachtrag muß noch erfolgen.

Lokales.

Breslau. **Zur Kohlenversorgung.**

Der Magistrat teilt mit:

Vielfache Beschwerden aus Verbraucherkreisen über unrichtiges Gewicht beim Bezuge von Kohle geben Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß es ratsam ist, stets auf die Beobachtung des vollen Gewichtes genau zu achten. Es ist anzunehmen, daß kein Kohlenhändler dem Verbraucher Schwierigkeiten bereiten wird, wenn dieser sich von dem richtigen Gewicht der für ihn bestimmten Lieferung überzeugen will. Sollte es dennoch geschehen und der Kohlenhändler sich weigern, einem billigen Verlangen seiner Kundschaft nachzukommen, so sind diese Fälle dem Magistrat, Kohlenversorgung, zur Anzeige zu bringen. — Um den markenfreien Bezug von Kohle im Interesse der Allgemeinheit wirksam zu bekämpfen, ist es weiter notwendig, daß die Verbraucher dem Händler nur die tatsächlich belieferten Kohlenmarken belassen, unbelieferte Marken aber behalten oder zurückzufordern. Markenfrei bezogene Kohle wird beschlagnahmt und ausgekellert; außerdem wird gegen die Beteiligten Strafanzeige erstattet. Leider mußte in letzter Zeit wiederholt von diesen Zwangsmaßnahmen Gebrauch gemacht werden.

Unangenehme Nachbarschaft.

Zu der unter dieser Ueberschrift in der Nummer 13 der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung" gebrachten Notiz teilt uns die Familie Schönfelder mit, daß sie sich nicht an der Prügelei beteiligt habe. Sie habe sich sogar — allerdings vergeblich — bemüht, den Streit zu schlichten. Unsere Erkundigungen ergaben auch, daß der Verprügelte recht oft solche Differenzen hat und auch sonst nicht im besten Rufe steht.

Waldenburg. **Stadtverordnetensitzung.**

Die erste Sitzung unserer Stadtverordneten im neuen Jahre brachte für die Arbeiterschaft von Waldenburg mehrere sehr unangenehme Ueberraschungen.

Der erste Punkt der Tagesordnung befaßte sich mit der Neuwahl des Stadtverordnetenvorstandes. Hierzu erklärte der bisherige und wiedergewählte Vorsitzende, der Amtsgerichtsrat Peltner, daß sich im Laufe des vergangenen Jahres eine Arbeitsgemeinschaft gebildet habe. (Wir können die Richtigkeit der Ausführungen bestätigen. D. B.) Und er wünschte, daß diese auch in Zukunft weiter bestehen bleiben möchte. Aus diesem

Auch die

„Schlesische Arbeiter-Zeitung"

kann nur restlos ihre Aufgaben erfüllen, wenn sie den Widerständen der Verteuerung aller Produkte begegnet durch eine

Massenauflage

In der Werbewoche vom 21.—28. Januar hat jeder Genosse die Pflicht, neue Leser für seine Zeitung zu gewinnen.

Grunde vollzog sich auch in diesem Jahre die Vorstandswahl sehr glatt. Während noch im vergangenen Jahre die SPD. den Sitz des ersten Vorstehers für sich in Anspruch nehmen wollte, und der gesamte Vorstand infolge der Unnachgiebigkeit der Rechten nur aus Mitgliedern der Bürgerpartei bestand, machte die Rechte in diesem Jahre ihren Arbeitsgemeinschaftsfreunden keine Schwierigkeiten, als die Linke die Sitze des zweiten Vorstehers und ersten Schriftführers für sich beanspruchte. Gewählt wurden: Peltner (Bürgerpartei) als 1. und Dickreiter (SPD.) als 2. Vorsitzender Schmidt SPD. als erster und Rother, Bürgerpartei, als zweiter Schriftführer. Es ist dies derselbe Herr Rother, der durch die Orgesch-Enthüllungen der Bergwacht in Bad Salzbrunn auch mit „enthüllt" wurde (!).

Es folgte dann eine Anfrage der Bürgerpartei an den Magistrat, was er auf die Anregung des Reichsarbeitsministeriums, Wohnungen für Reichsbeamte zu schaffen, getan habe. Die Anfrage wurde vom ersten Bürgermeister dahingehend beantwortet, daß Verhandlungen darüber mit den Post- und Eisenbahnverwaltungen geführt worden sind, aber durch deren Verhalten diese Angelegenheit auf dem toten Punkt angelangt sei. Zur Behebung der Wohnungsnot seien mindestens 300 bis 400 Millionen Mark notwendig. Wie sich der Magistrat nun aber vorstellt, die Wohnungsnot zu beseitigen, darüber schaffte ein anderer Punkt der Tagesordnung Aufklärung. Auf Grund einer Verordnung schlägt der Magistrat vor, den dreifachen Betrag der staatlichen Zuschläge als gemeindlichen Zuschlag der staatlich veranlagten Gebäudesteuer zu erheben. Da nun die Hausbesitzer berechtigt sind, alle ihnen auferlegten Steuern und Lasten auf die Mieter abzuwälzen, bedeutet das eine mindestens zwanzigprozentige Mietssteigerung. Rechte und Linke war sich ohne Ausnahme einig, mit schwerem Herzen zwar, wie sich der Stadtverordnete Wirsig (SPD.) ausdrückte, die neue Belastung der Arbeiter gutzuheißen. Die finanzielle Not der Stadt erfordere es. (Die Arbeiter leben in keiner finanziellen Notlage, nicht wahr, Herr Wirsig?) D. B.)

Eine weitere Vorlage des Magistrats verlangt die Vereinigung sämtlicher Arbeitgeber der Stadt, die mindestens zwanzig Beschäftigte haben, zu einer Beitragsgemeinschaft zum Zwecke der Behebung der Wohnungsnot der bei den der Beitragsgemeinschaft angehörenden Arbeitgeber beschäftigten Arbeiter. Da es auf Schwierigkeiten stoßen würde, den einzelnen Unternehmer zu Leistungen heranzuziehen, soll die ganze Gemeinschaft die Beiträge leisten. Daß dabei viel herauskommen wird, glaubt der Magistrat selber nicht. Und wir auch nicht.

Eine Reihe kleinerer Vorlagen wurde dann schnell erledigt. Eine Debatte setzte erst wieder ein, bei der Vorlage zur Errichtung eines Stadionvereins für Leibesübungen. Der Magistrat und die Linke wollte nur die Wander-, Sport- und Turnvereine einbezogen wissen, während die Rechte die Zulassung auch der Fußballvereine verlangte. Die Vorlage wurde an den Magistrat zurückverwiesen.

Ein Antrag der Linken, Witwen und Rentenempfängern, die nicht mehr als 6000 M. Jahreseinkommen haben, von der Müllabfuhr- und Straßenreinigungsgebühr zu befreien, wurde angenommen. Doch soll die Befreiung nur auf Antrag erfolgen. Dann wurde noch ein Pastor als Waisenrat gewählt. Ausgerechnet ein Pastor!

Der letzte Punkt betraf die Erhebung eines fünften Steuervierteljahrs. Ein ungedeckter Millionenbetrag ist hierzu die Veranlassung. Von der Rechten wurde hierbei die oberflächliche Aufstellung des Haushaltsplanes kritisiert und dabei bemerkt, daß nicht Posten eingesetzt werden sollen, die noch im Monde liegen. Vom Magistrat wird erwidert, daß die ungeheure Teuerung diese Mehrausgaben durch höhere Löhne usw. verursacht ahbe. Ebenso käme auch jetzt erst die Vermögenssteuer von 1919 und 1920 zur Erhebung. Infolge der inzwischen eingetretenen Geldentwertung habe die Stadt natürlich großen Schaden dadurch. Reichelt (Bürgerpartei), wünscht, daß die Gewerbetreibenden von der Zahlung des fünften Steuervierteljahres befreit sein sollen. Die Kosten meinte er zynisch, würden ja doch auf die Konsumenten abgewälzt werden. Das glauben wir Herrn Reichelt. Er als Gewerbetreibender mit mehreren Verkaufsstellen wird ja wissen, wie das gemacht wird. Die Arbeiter können sich freuen. Da die Vorlage einstimmig angenommen wurde, werden sie diejenigen sein, die alles zu bezahlen haben. Die Besitzenden zahlen, (?) jetzt erst ihre schon vor zwei Jahren fälligen Steuern, und dem Arbeiter zahlt man nicht nur die zuvielgezahlten Steuern nicht heraus, sondern belastet ihn noch mit weiteren Steuern.

Ober-Salzbrunn.

Mitglieder-Versammlung.

Unsere letzte Mitgliederversammlung am 15. Januar war den Verhältnissen entsprechend gut besucht. Der wichtigste Punkt der Tagesordnung war der Bericht von der Bezirkskonferenz in Nieder-Salzbrunn, den Genosse Barzik erstattete. Aus diesem Bericht konnte man ersehen, wie wichtig und arbeitsreich die Konferenz war. Unter Punkt Verschiedenes wurden noch eine Menge örtlicher Angelegenheiten erledigt.

Nieder-Hermsdorf.

Generalversammlung der KPD.

Genosse Welzel erstattete den Kassenbericht und stellte fest, daß die Ortsgruppenkasse noch einige Guthaben und Außenstände zu verzeichnen hat, welche in aller Kürze eingezogen werden müssen. Als Vorstandsmitglieder wurden folgende Genossen gewählt: Reindel, erster Vorsitzer, Stellvertreter Kolbe, 1. Kassierer Stein, 2. Kassierer Neugebauer, Schriftführer Riedel, Stellv. Nowak, Delegierter Kolbe. Genosse Reindel gab einen Jahresbericht, aus dem hervorging, daß ein guter Fortschritt in der Ortsgruppe zu verzeichnen ist. Das Gedächtnis der Genossen Liebknecht, Rosa Luxemburg und aller anderen gefallenen Revolutionäre, ehrte die Versammlung durch Erheben von den Plätzen. Mit dem Apell, auch im neuen Jahre tüchtig für die Partei zu arbeiten, wurde die gutbesuchte Versammlung geschlossen.

Nieder-Altwasser.

Von der freireligiösen Gemeinde.

Die Freireligiöse Gemeinde hielt am Sonntag ihre außerordentliche Generalversammlung ab. Dem Jahresbericht war zu entnehmen, daß sich die Mitgliederzahl im letzten Jahr verdoppelt hat und jetzt etwa 300 beträgt, woraus die Pfaffen ersehen können, daß es mit dem freien Gedanken vorwärts geht. Dann wurde die Vorstandswahl erledigt. Neugewählt wurde als erster Vorsitzender Gesinnungsfreund Müller, als zweiter Vorsitzender wiedergewählt Gesinnungsfreund Springer, als erster Kassierer Gesinnungsfreund Opitz, zum Schriftführer Beikert und als Revisoren Koch und Wunsch. Abends fand eine überfüllte öffentliche Versammlung statt, in der Gesinnungsfreund Puschmann über das Thema: Die Wunder der Sternenwelt einen mit lebhaftesten Beifall aufgenommenen Vortrag hielt. In der etwa zwei Stunden währenden Aussprache wurde von allen Seiten betont, daß die Gesinnungsgenossen mit derartigen wissenschaftlichen Vorträgen voll und ganz zufrieden sind, weil für ein paar Groschen in Zukunft Mitgliedern gratis, den Genossen aufklärendes Wissen geboten wird, während übelberüchtigte Querköpfe und Zersplitterer der Arbeiterschaft Kurse für 100 M. bieten. Der Referent betonte im Schlußwort nochmals, daß es dringende Pflicht jedes Gesinnungsfreundes sei: seine Kinder aus dem Religionsunterrichte abzumelden, damit Altwasser endlich 1922 die weltliche Schule errichten kann. Erst gegen Mitternacht trennte man sich in dem Bewußtsein einige genußreiche Stunden verlebt zu haben, mit dem alten Wahlspruch: Frei sei der der Geist und ohne Zwang der Glaube.

Bolkenhain.

Generalversammlung der KPD.

Die am Sonntag, den 15. Januar, stattgefundene Generalversammlung unserer Ortsgruppe befaßte sich mit folgender Tagesordnung: 1. Bericht von der Parteikonferenz. 2. Kassenbericht. 3. Neuwahlen.

An den Bericht von der Parteikonferenz schloß sich eine angeregte Debatte. Der Kassenbericht wurde geprüft und für richtig befunden. Die Neuwahl ergab folgendes Resultat: 1. Vorsitzender Gen. Spata, stellv. Vors. Gen. Kastner, Kassierer Gen. Hübner, Schriftführer Gen. Freudler, Revisoren Gen. Freudler und Siegert, Vertrauensmann der Produktivgenossenschaft Gen. Siegert.

Versammlungs-Kalender.

KPD. Breslau. Ortsleitung, heut abend 7 Uhr, Sitzung.
Distriktsführer, Sonnabend abend 7 Uhr, Besprechung im Parteilokal, wichtiges Material abholen.

KPD. Altwasser. Heut alles in die öffentliche Volksversammlung. Genossin Reichert spricht über die Not der Arbeiterschaft. Sorgt für zahlreichen Besuch, insbesondere der Frauen.

KPD. Lehmwasser. Sonntag, den 22. Januar, vormittags 9 Uhr, **Mitgliederversammlung bei Kloß.** Von den Parteigenossen muß alles zur Stelle sein, bringt die Sympatisierenden mit.

Kommunistische Jugend. Heut abend 7 Uhr, im Parteibüro, Bezirksleitungssitzung.
Heut abend 7½ Uhr, im Parteilokal, **wichtige Funktionärversammlung.** Die Zehnergruppenführer müssen um 7 Uhr da sein.

Verantwortl. Redakt.: Erich Gentsch; Inserate: Max Zschocher.
Verlag: Produktivgenossenschaft für die Prov. Schlesien, e.G.m.b.H.
Druck: Püffel & Dantzel, sämtlich in Breslau.

Schauspielhaus
Freitag 7½ Uhr: [illegible]
Sonntag nachm. 3½ Uhr: [illegible]

Liebich-Theater
Täglich 7½ Uhr: [illegible]
Januar-Programm

[illegible]

Junge Leute [illegible]

Proletarier lies!
[illegible]
Die Kommunistische Bücherei Breslau 5, Grabschener Str. 45
hat ein reichhaltiges Lager aller einschlägigen proletarischen Literatur
Bücherverzeichnisse kostenlos!

Genossen!
kauft nur in den Geschäften, die bei uns inserieren.

Soeben erschienen!
M. PHILIPS PRICE
Die russische Revolution
Erinnerungen aus den Jahren 1917–1919
Aus dem Inhalt: Der Petersburger Sowjet und die erste Koalition / Das erste Stadium der Agrarrevolution / Wie die Kosaken und Tataren über die Revolution dachten / Der Sturz der bürgerlichen Koalition — Alle Macht den Räten / Sabotage der Intellektuellen und der Kampf auf dem Ernährungsgebiet / Die internationale Gegenrevolution geht zur Offensive über
[illegible]
Verlag Carl Hoym Nachf., Louis Cahnbley, Hamburg

Montag, den 23. Januar, abends 7 Uhr
Große öffentliche Frauen-Versammlung
im Lokal „Sanssouci", Mehlgasse [illegible]
Thema: Warum leiden die Frauen Not?
Referentin: Gen. Minna Reichert-Berlin
Frauen und Männer erscheint in Massen!
KPD. Ortsleitung